



JA zu ONE DOCTOR – ONE VOTE!

Warum die Urabstimmung One Doctor – One Vote?

1996 wurden in unserem Berufsverband die Mitgliederversammlung und damit die direkten Mitbestimmungsrechte (Wahl- und Stimmrecht) der SGPP Mitglieder abgeschafft. Die berufspolitische Entscheidungskompetenz wurde stattdessen an eine scheindemokratisch zusammengesetzte Delegiertenversammlung abgetreten, verbunden mit dem Versprechen, dadurch die Effizienz und Professionalität unserer Berufsvertretung zu erhöhen.

Eine fehlende Kontrolle durch die Mitglieder wird in jedem Verein früher oder später zum Problem – so auch hier: SGPP-Vorstand und Kommissionen legen Mitgliedern gegenüber keine direkte Rechenschaft ab und sie müssen keine Abwahl durch Mitglieder befürchten. Die Verbandsspitze verfolgt immer wieder einen eigenmächtigen Kurs und erweist sich gleichzeitig als unfähig, grosse gesundheitspolitische Herausforderungen, denen die Psychiatrie ausgesetzt ist, zu meistern.

Undemokratische, intransparente Strukturen bereiten den Weg für undemokratische, intransparente Beschlüsse. SGPP-Mitglieder können sich nicht direkt in SGPP-Entscheidungsprozesse einbringen – dies in einem Land, welches auf seine direkte Demokratie zu Recht stolz ist.

Mehr als 200 PsychiaterInnen in der SGPP fordern deshalb

- Das Recht, unsere berufspolitischen VertreterInnen im Vorstand und in den Kommissionen direkt wählen oder abwählen zu dürfen.
- Transparenz und detaillierte Rechenschaft über die Verwendung unserer Mitgliederbeiträge, die Offenlegung von Interessensbindungen sowie die Implementierung anerkannter Good Governance Standards in der SGPP.
- endlich mitbestimmen zu dürfen - mehr Mitbestimmung bereichert und stärkt unsere berufspolitische Standesvertretung.

Ein **JA** zur Initiative **One Doctor – One Vote!** lässt SGPP-Organisationsstrukturen wie Kommissionen, Vertretungen oder die Zusammenarbeit mit FMH, SGKJPP, FMPP etc. unangetastet. Die Initiative **JA zu One Doctor – One Vote!** beabsichtigt die Etablierung basisdemokratischer Entscheidungsprozesse, direkter Mitbestimmungsrechte der SGPP-PsychiaterInnen und die Einführung einer zeitgemässen Corporate Governance. Was daran soll problematisch sein?

Unsere bisherige berufspolitische Interessensvertretung ist ungenügend

- 2006 warben SGPP-Spitzenfunktionäre öffentlich mit einem „Ja zu Managed Care“ für die Abschaffung des freien Zugangs zur Psychiatrie/Psychotherapie. Gemeinsam mit anderen Ärzteverbänden erkämpften SGPP-unabhängige PsychiaterInnen von www.psica.ch gegen den Widerstand des SGPP-Vorstands eine FMH-Urabstimmung, welche am 17. Juni 2012 zum eidgenössischen Referendum gegen die «Managed Care – Vorlage» führte. Nur so konnte die freie Arztwahl erhalten bleiben.
- PsychiatriekollegInnen leiden heute an den Folgen schlecht ausgehandelter, niedrigerer Psychiatrietarife, für die der SGPP-Vorstand die Verantwortung trägt.
- Die berufspolitische Strategie unseres hochbezahlten SGPP-Vorstandes ist fragwürdig: Wem nützt der Abbau tarifrelevanter Leistungsansprüche durch Initiativen zur Reduktion der Weiterbildungszeit und der Dignität, die Infragestellung des Fremdjahres, die Reduktion des Lernzielkatalogs?

Das Delegiertensystem der SGPP – eine rechtlich fragwürdige Scheindemokratie

- Die Mitgliederversammlung bildet das oberste Organ des Vereins. Alle Mitglieder haben das gleiche Stimmrecht (Art. 64 Abs. 1; 67 Abs. 1 ZGB).
- Anders in der SGPP: SGPP-Mitglieder haben ausserhalb einer Urabstimmung kein Recht zur Mitbestimmung und insbesondere kein direktes Stimm- und Wahlrecht.
- Das SGPP-Delegiertensystem verstösst gegen zwingende Vorschriften des schweizerischen Vereinsrechts, da ein Grossteil der SGPP-Delegierten nicht unmittelbar von den SGPP-Mitgliedern gewählt werden kann. Stattdessen „entsenden“ kantonale, regionale und sogenannte angegliederte Gesellschaften Delegierte in die SGPP-Delegiertenversammlung, wobei diese Gesellschaften als von der SGPP rechtlich völlig getrennte Vereine mit eigenen Zielsetzungen und zusätzlichen Mitgliederbeiträgen existieren, deren Mitglieder oftmals der SGPP gar nicht angehören.
- Vorstandsmitglieder der SGPP amten ex officio als Delegierte und nehmen damit Einsitz in das Organ, welches für die Kontrolle ihrer eigenen Vorstandsarbeit zuständig ist.
- PräsidentInnen der regionalen und kantonalen sowie je ein Vorstandsmitglied der verwandten Gesellschaften amten ebenfalls ex officio als Delegierte, ohne demokratische Legitimation durch die SGPP-Mitglieder.
- Die „angegliederten“ Gesellschaften bestehen mehrheitlich aus Nicht-Psychiatern, z.B. Psychologen, und entsenden trotzdem stimmberechtigte Delegierte an die SGPP-DV.





JA zu ONE DOCTOR – ONE VOTE!

- Die DV als oberstes Vereinsorgan des Verbandes, der unsere Berufsinteressen vertreten soll, öffnet so versteckter Lobbyarbeit durch konkurrierende Berufsgruppen Tür und Tor.
- Generell ist unklar und entzieht sich jeglicher Kontrolle durch die SGPP-Mitglieder, wie in den regionalen, kantonalen, angegliederten und verwandten Gesellschaften die Delegierten für die SGPP-Delegiertenversammlung bestimmt werden; oft finden keinerlei Wahlen statt und Delegierte werden einfach bestimmt und entsandt.
- Sämtliche der Fremdgesellschaften bieten weder genügend Zeit noch Raum, um SGPP-Themen zu diskutieren.
- Nichtrepräsentative Auslese: Nur gewisse Therapieinstitute sind «angegliedert» in der SGPP-Delegiertenversammlung vertreten, andere nicht.
- Die in einem Delegationssystem notwendige Distanz und Unabhängigkeit gegenüber dem Vorstand fehlt bei zahlreichen Delegierten. Regelmässig spricht sich der Vorstand ausserhalb der DV an PräsidentInnenkonferenzen mit PräsidentInnen kantonalen und «angegliedeter» Gesellschaften ab.

Statt Good Governance: Intransparenz

Grundprinzipien der Good Governance (Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance resp. ZEW Standards für Non-Profit-Organisationen) finden in der SGPP keine Anwendung.

- Offene Posten werden nicht vor allen Mitgliedern ausgeschrieben, was faire Wahlalternativen für Vorstand, Kommissionen u.a. von vorneherein und systematisch verhindert.
- Psychiatrische Spitzenfunktionäre legen ihre Interessenskonflikte nicht offen.
- Fehlende Amtszeitbeschränkungen für Mandatsträger in der SGPP.
- Verschleierung von Zuwendungen von und an Kongressorganisatoren und andere Player.
- Fehlende Transparenz gegenüber den Mitgliedern in finanziellen und das Millionenbudget betreffenden Fragen (Verwendung von Globalbudgets, Intransparenz über Zuwendungen an Vorstandsmitglieder [Spesen, Entschädigungen, Mehrfachbezüge infolge Amterkumulation]).

Ja zur direkten Mitbestimmung durch alle SGPP-Mitglieder

- Statt dem teuren und überflüssigen Delegiertenapparat braucht es im schwierigen gesundheitspolitischen Umfeld tatkräftige, kompetente und integre Vorstands- und Kommissionsmitglieder, die den Mut besitzen, sich einer Wahl durch uns SGPP-Mitglieder zu stellen.
- Die Delegiertenversammlung versagt aufgrund ihrer Struktur als Kontrollorgan des SGPP-Vorstands und repräsentiert nicht hinreichend die SGPP-Mitglieder.
- Strategien zu Tarifpolitik und Nachwuchsmangel, die Positionierung gegenüber fremden Fachrichtungen, die dringend notwendige Imagepflege dürfen nicht länger an den Mitgliedern vorbei im Alleingang entschieden werden.
- Grosse Psychiatrieverbände wie EPA oder DGPPN (9000 Mitglieder) führen problemlos ihre reguläre Mitgliederversammlung am Jahreskongress durch; zudem bietet eine Mitgliederversammlung SGPP-Mitgliedern die ausgezeichnete Möglichkeit, interessierte PsychiatriekollegInnen aus der ganzen Schweiz kennenzulernen, um miteinander frei, offen und kreativ zu diskutieren und sich auszutauschen.
- Die Vielfalt und Ausgewogenheit unter den Sprachregionen und Psychiatriegruppen wird erst durch das Stimm- und Wahlrecht aller Mitglieder gewährleistet; überdies müssen gem. Art 14 SGPP-Statuten im Vorstand die Niedergelassenen, die Institutionen und Universitäten sowie die verschiedenen Sprachregionen angemessen vertreten sein.

Deshalb JA zum Stimm- und Wahlrecht in der Mitgliederversammlung. JA zu One Doctor – One Vote!

